

II-1320 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 804/J

1991-03-25

## ANFRAGE

der Abgeordneten Anschöber, Langthaler, Freunde und Freundinnen

an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten

betreffend Sonderstraßenbaugesellschaften

Mehrere Rechnungshofberichte kritisierten in den vergangenen Jahren die Tätigkeit der Sonderstraßenbaugesellschaften in Österreich sehr vehement. Den Höhepunkt dieser Serie brachte der ASTAG-Bericht. Kritisiert wurden vom Rechnungshof vor allem Millionen Verschwendungen, überhöhte Gehälter der leitenden Angestellten, freihändig vergebene Aufträge, Syndikatsverträge, und generell ein aufgeblähter Bürokratismus, der zu extremen Mehrausgaben zu Lasten der Steuerzahler führte. Mehrfach wurde vom Rechnungshof die Auflösung dieser Sonderstraßenbaugesellschaften gefordert. Im Koalitionspaket kündigt die Bundesregierung hingegen die Gründung einer Holding als Dachorganisation der sechs Sonderstraßenbaugesellschaften an.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten deshalb an den Bundesminister folgende schriftliche

### ANFRAGE:

1. Welche konkreten Reformen wurden vom Bundesminister in den vergangenen Jahren seit dem Vorliegen der Rechnungshofquerschnittsprüfung im Jahr 1988 als Reaktion auf die aufgedeckten Unzulänglichkeiten eingeleitet?
2. Welche konkrete Finanzeinsparung erwartet sich aus diesen Reformen der Wirtschaftsminister pro Jahr?
3. Wurde bereits mit den Bundesländern Einigung über die Gründung einer Bundesholding erzielt?
4. Warum ist der Wirtschaftsminister bislang der Aufforderung des Rechnungshofes auf Auflösung und Verländerung der Sonderstraßenbaugesellschaften nicht nachgekommen?

5. Welche konkrete Finanzeinsparung und Straffung der Organisationsstruktur bzw. Einsparungen von Vorstandsposten erwartet sich der Wirtschaftsminister durch die Gründung einer Holding?
6. In welchen Punkten kann durch die Gründung einer Holding die Kritik des Rechnungshofes und den Reformvorschlägen des Rechnungshofes entsprochen werden?
7. Welche konkreten Konsequenzen zieht der Wirtschaftsminister aus den bekanntgewordenen Unzulänglichkeiten und Verflechtungen, die durch den vorarlberger ASTAG-Bericht aufgedeckt wurden?  
Welche Reformen sind vom Wirtschaftsminister geplant?  
In welchem Zeithorizont werden diese Reformen vollzogen?
8. Plant der Wirtschaftsminister eine Einsparung an der Zahl der Vorstandsposten in diesen sechs Sondergesellschaften?
9. Plant der Wirtschaftsminister eine verstärkte Kontrolle der sechs Sondergesellschaften?  
Wenn ja, in welcher Form soll diese vollzogen werden?  
Welche Einsparungen werden durch diese verbesserte Kontrolle ermöglicht?
10. Liegen dem Wirtschaftsminister Berichte über die Kritik des Rechnungshofes hinausgehende Unzulänglichkeiten im Rahmen der Sondergesellschaften vor?
11. Welche Maßnahmen werden vom Bundesminister zur Angleichung der Entlohnung leitender Angestellter im Bereich der Sonderbaugesellschaften an den Durchschnitt bei Bundesbediensteten bzw. Landesbediensteten ergriffen?
12. Welche Kosten könnte der Bund bei einer Vergabe der entsprechenden Bauprojekte, die jetzt von den Sondergesellschaften durchgeführt werden, an einen Generalunternehmer bei direkter Kontrolltätigkeit einsparen?
13. Werden sie personelle Konsequenzen aus den Verfehlungen im ASTAG-Bereich beim, über die Geschäftsführung, verantwortlichen Generaldirektor ziehen?
14. Erachten sie die Erteilung von Mautfreifahrten an ASTAG-Funktionäre für gerechtfertigt?
15. Werden die Verträge mit den derzeitigen Direktoren der Sondergesellschaften verlängert?  
Bis wann sind sie jeweils gültig?  
Warum wurden Vorstandsverträge trotz der Forderung des Rechnungshofes auf Zusammenlegung noch nach der Rechnungshofquerschnittsprüfung verlängert?

16. Liegen ihnen Berichte über das Ausmaß von Werbeeinschaltungen von Sondergesellschaften in parteinahen Medien vor?

Wenn ja, in welcher Höhe wurden in den Jahren 1985 bis 1991 derartige Einschaltungen in parteinahen Medien durchgeführt?

Werden sie Maßnahmen setzen, daß der Repräsentations- und Werbeaufwand im Bereich der Sondergesellschaften gesenkt wird?

Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen, mit welchem Einsparungspotential?